

Rechtsanwältin [REDACTED]

[REDACTED] 20. Februar 2018

[REDACTED] Klinikum

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

•
•
•
•
•
•
•
•
•
•

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]

Antrag auf Überprüfung einer ärztlichen Behandlung

Antragsgegner: Dr. [REDACTED] B [REDACTED]

Patientinnen: Frau S [REDACTED] und C [REDACTED]

Sehr geehrte [REDACTED]

in vorgenannter Angelegenheit beziehe ich mich auf Ihr Schreiben vom 06.02.2018, in dem Sie nach mehrmaligen Aufforderungen nun endlich versuchen, die unrichtigen Behauptungen aus Ihren Schreiben vom 06.04.2017 und 27.12.2017, richtigzustellen.

Warum von Ihnen eine Verbindung zwischen dem Schreiben meiner Mandantin vom 30.05.2016, in dem diese fragt, welches Medikament ihr wann genau und mit welcher Dosierung gegeben wurde und der Schilderung der Geburt vom 07.11.2016 hergestellt wird, ist diesseits nicht ersichtlich.

Da meiner Mandantin am 02.02.2013 keine Kopie des Aufklärungsbogens ausgehändigt wurde, lagen die mit Schreiben vom 30.05.2016 angeforderten Detailinformationen nicht vor. Den konkreten Namen des Rheumamedikamentes im sog. Off-Label Use, das zur Geburtseinleitung verwendet wurde, konnte meine Mandantin im Schreiben vom 07.11.2016 nennen, da Sie diese Informationen aus der inzwischen eingegangenen Geburtsakte entnehmen konnte.

Das Schreiben vom 30.05.2016 lässt also nur den Rückschluss zu, dass die angeforderten Detailinformationen nicht vorgelegen haben und nicht, dass meiner Mandantin „die durchgeführte Aufklärung und die Unterschreibung [!] des Dokuments ... nicht Erinnerung war.“

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Die Unterzeichnung des Dokumentes „Aufklärung zur Einleitung der Geburt mit Medikamenten“ – das allerdings keine Begründung im konkreten Fall, sondern lediglich eine Aufzählung möglicher Gründe für eine Geburtseinleitung, enthält - war also nie strittig.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwältin